



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Lagebericht

PRÜFUNGSBERICHT

**DaVita Deutschland AG
Hamburg**

**KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Inhaltsverzeichnis

1	Prüfungsauftrag	1
2	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
3	Grundsätzliche Feststellungen	6
3.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	6
3.2	Sonstige Verstöße	7
3.2.1	Verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses	7
3.2.2	Nicht fristgerechte Feststellung des Vorjahresabschlusses	7
3.2.3	Unterbliebene Aufstellung des Konzernabschlusses	7
4	Durchführung der Prüfung	8
4.1	Gegenstand der Prüfung	8
4.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	8
5	Feststellungen zur Rechnungslegung	10
5.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	10
5.2	Jahresabschluss	10
5.3	Lagebericht	10
6	Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
6.1	Erläuterungen zur Gesamtaussage	11
6.2	Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
7	Schlussbemerkungen	13

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Anlagenverzeichnis

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und Lagebericht	1
Bilanz zum 31. Dezember 2023	1.1
Gewinn- und Verlustrechnung für 2023	1.2
Anhang zum 31. Dezember 2023	1.3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	1.4
 Annual financial statements as of December 31, 2023 and management report (translation)	 2
Balance sheet as of December 31, 2023 (translation)	2.1
Income statement for financial year 2023 (translation)	2.2
Notes to the financial statements as of December 31, 2023 (translation)	2.3
Management report for financial year 2023 (translation)	2.4
 Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	 3
 Allgemeine Auftragsbedingungen	 4

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

1 Prüfungsauftrag

In der Hauptversammlung am 19. Juni 2024 der

DaVita Deutschland AG, Hamburg,
– im Folgenden auch kurz „Gesellschaft“ genannt –

sind wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt worden. Der Aufsichtsrat hat uns demzufolge den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 4 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 zugrunde. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

99

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DaVita Deutschland AG, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DaVita Deutschland AG, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DaVita Deutschland AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestäti-

gungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorfahrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und

beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 21. November 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Brennecke
Wirtschaftsprüfer

gez. Lütjen
Wirtschaftsprüferin



3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Folgende Kernaussagen des Lageberichts sind aus unserer Sicht hervorzuheben:

- Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 4.818 (i. Vj. TEUR 5.313) und, bedingt durch einen bestehenden Ergebnisabführungsvertrag, einen Jahresüberschuss von TEUR 0 (i. Vj. TEUR 0).
- Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Muttergesellschaft beträgt TEUR 12.015 (i. Vj. TEUR 21.861). Das Ergebnis wurde vor allem durch die Übernahme von Funktionen für die Unternehmensgruppe wie Einkauf, Finanzen und IT geprägt. Aufgrund der nicht plangemäßen Wertentwicklungen in einzelnen Tochtergesellschaften waren zum 31. Dezember 2023 Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 7.086 (i. Vj. TEUR 8.815) erforderlich. Dem gegenüber stehen die Zuschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 6.802 (Vorjahr TEUR 3.118). Das Gesamtergebnis vor Verlustübernahme übertrifft die Erwartungen im Lagebericht 2022. Diese positive Entwicklung ist auf die geringeren Abschreibungen und gleichzeitig höheren Zuschreibungen auf Finanzanlagen in 2023 sowie auf die hohen Restrukturierungskosten (TEUR 3.442) im Vorjahr zurückzuführen.
- Das Anlagevermögen der Gesellschaft in Höhe von TEUR 193.945 (i. Vj. TEUR 190.387) ist in vollem Umfang durch das Eigenkapital in Höhe von TEUR 229.479 (i. Vj. TEUR 229.479) finanziert. Das Anlagevermögen der Gesellschaft bestand zum Bilanzstichtag mit TEUR 190.457 (i. Vj. TEUR 186.692) im Wesentlichen aus Beteiligungen an Tochtergesellschaften. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2023 60,2 % (i. Vj. 63,4 %).
- Laut den Ausführungen der gesetzlichen Vertreter hat der Geschäftsverlauf in 2024 gezeigt, dass die Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie stärker ausfallen als erwartet. Das spiegelt sich in der Anzahl der Patienten und der damit verbundenen Erlössituation wider. Die Gesellschaft rechnet mit einer stagnierenden Umsatz- und Ergebnisentwicklung. Obwohl das in 2022 initiierte Maßnahmenprogramm zur wirtschaftlichen Stabilisierung aus der Sicht der gesetzlichen Vertreter in 2024 positive Effekt gezeigt hat, wird die Gesellschaft die Planvorgaben für 2024 voraussichtlich nicht erreichen. Der vorläufige Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme zum 30. September 2024 liegt bei TEUR 10.384. Die gesetzlichen Vertreter gehen für 2024 insgesamt von einem im Vergleich zu 2023 ähnlichen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme aus.
- Das größte Risiko sehen die gesetzlichen Vertreter in der Abhängigkeit von den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erstattung der durchgeführten Behandlungen sowie dem aufkommenden Fachkräftemangel im Pflegebereich. Weitere große Risikofaktoren sind ihrer Ansicht nach die makroökonomischen Entwicklungen sowie die inflationsbedingten Kostensteigerungen. Die Bedeutung dieser Risiken für die Gesellschaft werden von den gesetzlichen Vertreter als mittel eingestuft.
- Chancen ergeben sich aus Sicht der gesetzlichen Vertreter insbesondere weiterhin aus der Einbindung in die Konzernstruktur, unter anderem auch aus Synergieeffekten im Bereich des Materialeinkaufs.

Wir stellen aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse fest, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. In allen wesentlichen Belangen steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Zu den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage 3.

3.2 Sonstige Verstöße

3.2.1 Verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses

Entgegen der Verpflichtung des § 264 Abs. 1 HGB hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2023 nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres aufgestellt.

3.2.2 Nicht fristgerechte Feststellung des Vorjahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde nicht innerhalb von acht Monaten nach Geschäftsjahresende vom Aufsichtsrat festgestellt, sondern erst in der Aufsichtsratsratssitzung am 15. Dezember 2023.

Die ordentliche Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2022 fand ebenso nicht innerhalb von acht Monaten nach Geschäftsjahresende statt, sondern erst am 19. Juni 2024.

3.2.3 Unterbliebene Aufstellung des Konzernabschlusses

Entgegen der Verpflichtung des § 290 HGB hat die Gesellschaft für die Vorjahre keinen Konzernabschluss und keinen Konzernlagebericht aufgestellt.

4 Durchführung der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DaVita Deutschland AG für das zum 31. Dezember 2023 endende Geschäftsjahr geprüft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich eine Abschlussprüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand der Gesellschaft oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Die Grundzüge unseres prüferischen Vorgehens haben wir bereits im Abschnitt „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks“ (vgl. Abschnitt 2 in diesem Bericht) dargestellt. Zusätzlich geben wir folgende Informationen zu unserem Prüfungsansatz und unserer Prüfungsdurchführung:

Ausgangspunkt für unsere Prüfungsplanung war das Verständnis für das Geschäft unseres Mandanten sowie die Einschätzung der unternehmensspezifischen Risiken sowie der rechnungslegungsrelevanten Prozesse und Kontrollen der Gesellschaft. Wir haben unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes die Auswirkungen auf den Jahresabschluss und Lagebericht beurteilt und als Ergebnis folgenden Schwerpunkt unserer Prüfung festgelegt:

- Bestand und Bewertung der Finanzanlagen

Das interne Kontrollsyste der Gesellschaft ist in seinem Umfang an die geringe Komplexität der Geschäftsvorfälle angepasst. Wir haben uns ausreichende Kenntnisse über die Abwicklung dieser Geschäftsvorfälle und über den Umgang der Unternehmensleitung mit den Geschäftsrisiken verschafft.

Unsere Prüfungshandlungen umfassten im Wesentlichen stichprobenweise Einzelfallprüfungen, analytische Prüfungen von Abschlussposten sowie die Beurteilung des Lageberichts. Wir haben auch Bestätigungen der für die Gesellschaft tätigen Rechtsanwälte und Kreditinstitute eingeholt.

Abschließend haben wir eine Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse sowie des Jahresabschlusses und Lageberichts vorgenommen. Aufgrund dieser Gesamtbeurteilung bildeten wir unser Prüfungsurteil, den Bestätigungsvermerk. Dieser ist neben dem Prüfungsbericht Bestandteil unserer Berichterstattung über die durchgeführte Prüfung.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten September bis November 2024 bis zum 21. November 2024 durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

5 Feststellungen zur Rechnungslegung

5.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

5.2 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen der Gesellschaft entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die deutschen gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind in allen wesentlichen Belangen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

Größenabhängige Erleichterungen des § 288 HGB wurden zutreffend teilweise in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist zu Recht erfolgt.

5.3 Lagebericht

Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften.

6 Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

6.1 Erläuterungen zur Gesamtaussage

Die angewendeten Bewertungsmethoden für die Posten des Jahresabschlusses entsprechen in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften. Sie sind im Anhang der Gesellschaft (vgl. Anlage 1.3 Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“) beschrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie die Nutzung von Ermessensspielräumen haben bei folgendem Posten des Jahresabschlusses wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft:

Anteile an verbundenen Unternehmen

Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Der entsprechende beizulegende Zeitwert wird auf Basis des Ertragswertverfahrens ermittelt. Entfällt der Grund für die Wertminderung, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Im Berichtsjahr ergab sich bei Beteiligungsgesellschaften aufgrund einer nicht plangemäßen Entwicklung ein niedrigerer beizulegender Wert zum 31. Dezember 2023. Für diese Beteiligungsgesellschaften waren Abschreibungen auf Finanzanlagen von TEUR 7.086 (i. Vj. TEUR 8.815) erforderlich. Bei weiteren Beteiligungsgesellschaften wurde aufgrund der Erreichung der Planwerte sowie der positiven Ergebnisprognose für die Gesellschaften eine Zuschreibung in Höhe von TEUR 6.802 (i. Vj. TEUR 3.118) vorgenommen.

Folgende sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses der Gesellschaft wurden durchgeführt:

Geschäfte zu nicht marküblichen Konditionen

Die Gesellschaft erbringt Funktionen für die Unternehmensgruppe wie Einkauf, Finanzen und IT. Diese wurden den empfangenden Gesellschaften für das Geschäftsjahr 2023 (und Vorjahre) nicht in Rechnung gestellt, was wesentlich zu dem Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung beigetragen hat.

6.2 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

In Gesamtwürdigung der zuvor beschriebenen Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

7 Schlussbemerkungen

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 n.F. (10.2021) erstellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt 2 wiedergegeben.

Hamburg, den 21. November 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Brennecke
Wirtschaftsprüfer

Lütjen
Wirtschaftsprüferin



Anlagen

Anlage 1

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2023

und Lagebericht

1.1 Bilanz

1.2 Gewinn- und Verlustrechnung

1.3 Anhang

1.4 Lagebericht

Aktiva	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	Passiva	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	187.511,00	187.511,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.158.356,00	1.616.974,00	II. Kapitalrücklage	228.036.388,90	228.036.388,90
2. Geschäfts- oder Firmenwert	9.786,00	13.054,00	III. Andere Gewinnrücklagen	3.093,00	3.093,00
3. Geleistete Anzahlungen	780.907,73	439.705,23	IV. Gewinnvortrag	1.252.087,00	1.252.087,00
	1.949.049,73	2.069.733,23	V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
II. Sachanlagen				229.479.079,90	229.479.079,90
1. Technische Anlagen und Maschinen	255.291,00	310.840,00	B. Rückstellungen		
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	490.492,00	615.504,00	Sonstige Rückstellungen	1.954.147,65	4.381.175,09
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	792.659,44	698.931,55		1.954.147,65	4.381.175,09
	1.538.442,44	1.625.275,55	C. Verbindlichkeiten		
III. Finanzanlagen			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	190.457.417,00	186.692.219,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	631.042,45	644.514,64
	190.457.417,00	186.692.219,00	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	148.811.968,85	124.914.462,62
	193.944.909,17	190.387.227,78	4. Sonstige Verbindlichkeiten	87.351,33	2.339.007,13
B. Umlaufvermögen				149.530.362,63	127.897.984,39
I. Vorräte			D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	25.147,50			
	0,00	25.147,50			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	29.908,17	22.418,16			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	181.414.578,59	166.254.737,78			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	551.390,51	275.083,92			
	181.995.877,27	166.552.239,86			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.730.867,77	4.405.690,74			
	186.726.745,04	170.983.078,10			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	291.935,97	387.933,50			
	380.963.590,18	361.758.239,38			

Anlage 2

DaVita Deutschland AG, Hamburg
Gewinn- und Verlustrechnung für 2023

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	4.817.604,64	5.313.224,09
2. Sonstige betriebliche Erträge	7.036.622,86	3.473.423,09
	<hr/> 11.854.227,50	<hr/> 8.786.647,18
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-577.319,75	-509.883,56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.386,17	-14.254,29
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-8.663.964,64	-9.073.111,63
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.250.351,67	-930.740,69
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-694.693,75	-1.013.423,91
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-7.086.304,00	-8.814.855,51
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<hr/> -6.665.614,27	<hr/> -10.488.496,62
	<hr/> -24.939.634,25	<hr/> -30.844.766,21
8. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags erhaltene Gewinne	2.364.707,95	2.024.631,79
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-306.843,89	-498.560,38
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	347.118,80	356.339,87
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<hr/> -1.334.281,53	<hr/> -1.384.015,97
	<hr/> 1.070.701,33	<hr/> 498.395,31
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-301.080,12
13. Ergebnis nach Steuern	<hr/> -12.014.705,42	<hr/> -21.860.803,84
14. Erträge aus der Verlustübernahme	<hr/> 12.014.705,42	<hr/> 21.860.803,84
15. Jahresüberschuss / - fehlbetrag	<hr/> 0,00	<hr/> 0,00

DaVita Deutschland AG, Hamburg
Amtsgericht Hamburg, HRB 107310
ANHANG ZUM 31. DEZEMBER 2023

Allgemeine Angaben

Die DaVita Deutschland AG ist zum Bilanzstichtag eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung des Aktiengesetzes aufgestellt.

Die Gesellschaft nimmt teilweise die großenabhängigen Erleichterungen des § 288 Abs. 2 HGB in Anspruch.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften zu den Posten der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzugeben sind, sind aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang aufgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger nutzungsbedingter Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zwischen 3 und 22 Jahren berechnet. Bei Zugängen von beweglichen Sachanlagen wird die zeitanteilige Jahresabschreibung angesetzt.

Der Geschäfts- und Firmenwert wird über 15 Jahre abgeschrieben, da im Rahmen des Erwerbs konzeptionell von einer entsprechenden Nutzungsdauer ausgegangen wurde.

Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Der entsprechende beizulegende Zeitwert wird auf Basis des Ertragswertverfahrens ermittelt. Entfällt der Grund für die Wertminderung, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten, sofern die eingetretene Werterhöhung als dauerhaft anzunehmen ist.

Die Forderungen, die sonstigen Vermögensgegenstände und die liquiden Mittel werden zum Nominal- bzw. Nennwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 181.415 (Vorjahr TEUR 166.255) bestehen aus Darlehen, Cash-Pool Forderungen und Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen. Darin sind Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von EUR 160.108 (Vorjahr EUR 123.841) enthalten.

Die Kapitalrücklage besteht in Höhe von TEUR 5.297 aus zweckgebundenen Rücklagen aus Beschlüssen der Jahre 2011 und 2012 sowie freien Rücklagen in Höhe von TEUR 222.739, die zur Anschaffung der Beteiligungen im Finanzanlagevermögen verwendet wurden.

In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 397 (Vorjahr TEUR 2.249), für Personalkosten in Höhe von TEUR 660 (Vorjahr TEUR 871), für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 383 (Vorjahr TEUR 948) sowie für Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von TEUR 484 (Vorjahr TEUR 312) enthalten.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 148.812 (Vorjahr TEUR 124.914) sind sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten und resultieren wie im Vorjahr aus sonstigen Verbindlichkeiten und Cashpooling-Vereinbarungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 38 (Vorjahr TEUR 24).

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Zuschreibungen auf Finanzanlagen aus der Wertaufholung auf den beizulegenden Zeitwert in Höhe von TEUR 6.802 (Vorjahr TEUR 3.118) enthalten.

In den Personalaufwendungen sind TEUR 33 (Vorjahr TEUR 37) für Altersversorgung enthalten.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 7.086 (Vorjahr TEUR 8.815) resultieren im Wesentlichen aus Wertminderungen auf Beteiligungsbuchwerte. Diese ergeben sich aus niedrigeren beizulegenden Zeitwerten, die auf unplanmäßige Wertentwicklungen der Tochtergesellschaften zurückzuführen sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 6.665 (Vorjahr TEUR 10.489) ergeben sich im Wesentlichen aus IT-Kosten, Kosten für Rechtsberatungen, Mietkosten, Reisekosten.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten solche aus verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 347 (Vorjahr TEUR 356).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten solche an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 1.333 (Vorjahr TEUR 1.351).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanziellen Verpflichtungen bestehen im Wesentlichen für Mietverträge in Höhe von TEUR 1.469 (Vorjahr TEUR 1.850).

Es bestehen Ergebnisabführungsverträge mit Tochtergesellschaften wie in den Angaben zu § 285 Nr. 11 HGB aufgeführt.

Haftungsverhältnisse

Die Gesellschaft hat für die Medizinischen Versorgungszentren, an denen sie gemäß der Aufstellung unten beteiligt ist, folgende Verpflichtungen abgegeben:

- Bürgschaften für die Verpflichtungen der Gesellschaften gegenüber den jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen aus der vertragsärztlichen Tätigkeit;
- Patronatsserklärungen für Mietverträge dieser Gesellschaften;
- Patronatsserklärungen gegenüber 29 Medizinischen Versorgungszentren mit Verpflichtung zur Verlustübernahme und Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit

Der Vorstand geht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht von einer Inanspruchnahme aus den vorgenannten Verpflichtungen aus, da keine Anzeichen aus der Inanspruchnahme ersichtlich sind bzw. die Medizinischen Versorgungszentren ihren Verpflichtungen aus vorgenannten Verträgen bislang nachgekommen sind.

Die ausstehenden Verpflichtungen aus den Kaufpreis- und Darlehensverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr vollständig beglichen, sodass zum 31. Dezember 2023 keine offenen Verpflichtungen mehr bestehen (Vorjahr EUR 8 Mio.).

Aufgrund der aktuellen Kapitalstruktur bei der MVZ DaVita Falkensee GmbH sowie bei der MVZ DaVita Dinkelsbühl GmbH besteht ein latentes Risiko, dass die Davita Deutschland AG ggf. für Konzernverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 5.650 bzw. TEUR 9.992 von der DaVita Germany GmbH in Anspruch genommen werden könnte. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht von einer Inanspruchnahme aus dieser Patronatserklärung aus, da die Gesellschaften nach Einschätzung der Geschäftsführung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um ihre Verbindlichkeiten fristgerecht zu begleichen. Zudem wird erwartet, dass die Kapitalstruktur der betroffenen Tochtergesellschaften stabil bleibt und keine wesentlichen Liquiditätsengpässe auftreten werden.

Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte

Die Gesellschaft erbringt Funktionen für die Unternehmensgruppe wie Einkauf, Finanzen und IT. Diese wurden den empfangenden Gesellschaften für das Geschäftsjahr 2023 nicht in Rechnung gestellt.

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2023 waren durchschnittlich beschäftigt:

- Angestellte: 90
- gewerbliche Mitarbeiter: 0
- Aushilfen: 0

Zum Vorstand der Gesellschaft sind/ waren bestellt:

Prof. Dr. med. Werner Kleophas, Düsseldorf, Arzt
Tobias Große Wentrup, Hamburg, Geschäftsführer

Zum Aufsichtsrat sind/ waren bestellt:

Jeffrey W. Hemminger, London / Vereinigtes Königreich, Geschäftsführer
Vincent Jégou, London / Vereinigtes Königreich, stellvertretender Vorsitzender
Jeremy Michael Eaves / London / Vereinigtes Königreich, Chief People Officer
Dr. Partha Pratim Das / London / Vereinigtes Königreich, Chief Medical Officer
Kavita Singh, Huddersfield / Großbritannien, Rechtsanwältin (bis zum 17. Oktober 2023)

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde in Anspruch genommen.

Die Angaben zu § 285 Nr. 11 HGB sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Name	Sitz	Beteiligung in %	Gezeichnetes Kapital in TEUR	Eigenkapital zum 31.12.2023 in TEUR	Jahresergebnis 2023 in TEUR	Ergebnis- abführung
MVZ DaVita Salzgitter- Seesen GmbH	Hamburg	100	25	3.162	0	Ja
MVZ DaVita Rhein-Ruhr GmbH	Hamburg	90,91	27,5	25.404	-1.564	Nein
DaVita Clinical Research Deutschland GmbH	Hamburg	100	50	76	0	Ja
MVZ DaVita Alzey GmbH	Hamburg	100	26	593	0	Ja
MVZ DaVita Gera GmbH	Hamburg	100	25	6.025	0	Ja
MVZ DaVita Emden GmbH	Hamburg	100	25	9.525	0	Ja
DaVita Süd- Niedersachsen GmbH	Hamburg	100	25	7.882	1.243	Nein
MVZ DaVita Neuss GmbH	Hamburg	90,91	27,5	4.799	86	Nein
MVZ DaVita Elsterland GmbH	Hamburg	100	25	4.470	-212	Nein
MVZ DaVita Duisburg GmbH	Hamburg	90,91	27,5	-6.690	-441	Nein
MVZ DaVita Aurich GmbH	Hamburg	100	25	5.894	0	Ja
MVZ DaVita Dormagen GmbH	Hamburg	100	25	3.373	183	Nein

Name	Sitz	Beteiligung in %	Gezeichnetes Kapital in TEUR	Eigenkapital zum 31.12.2023	Jahresergebnis 2023 in TEUR	Ergebnis- abführung
MVZ DaVita Niederrhein GmbH	Hamburg	100	25	-1.409	-123	Nein
MVZ DaVita Mönchengladbach GmbH	Hamburg	100	25	1.768	-174	Nein
MVZ DaVita Bad Düben GmbH	Hamburg	90,91	27,5	6.353	91	Nein
MVZ DaVita Viersen GmbH	Hamburg	90,91	27,5	1.255	-511	Nein
MVZ DaVita Nierenzentrum Berlin-Britz GmbH	Hamburg	100	25	6.609	-1.405	Nein
MVZ DaVita Geilenkirchen GmbH	Hamburg	100	25	4.326	-573	Nein
MVZ DaVita Iserlohn GmbH	Hamburg	100	25	5.129	-500	Nein
MVZ DaVita Dillenburg GmbH	Hamburg	90,91	27,5	150	37	Nein
MVZ DaVita Rhein-Ahr GmbH	Hamburg	90,91	27,5	3.668	-381	Nein
DiACare AG	Zürich, Schweiz	100	92	-1.097	-315	Nein
MVZ DaVita Prenzlau- Pasewalk GmbH	Hamburg	100	25	13.761	-2.160	Nein
MVZ DaVita Schwalm-Eder GmbH	Hamburg	100	25,5	-1.185	65	Nein
MVZ DaVita Bad Aibling GmbH	Hamburg	95	26,5	421	0	Nein

Name	Sitz	Beteiligung in %	Gezeichnetes Kapital in TEUR	Eigenkapital zum 31.12.2023	Jahresergebnis 2023 in TEUR	Ergebnis- abführung
MVZ DaVita Falkensee GmbH	Hamburg	100	25	-3.309	-721	Nein
MVZ DaVita Hamm Ahlen	Hamburg	90,90	27,5	-83	-53	Nein
MVZ DaVita Dinkelsbühl	Hamburg	100	25	-9.480	- 1.854	Nein
MVZ Aachen- Alsdorf GmbH	Hamburg	100	25	-7.344	-1.561	Nein
MVZ Hannover- Linden GmbH	Hamburg	100	150	1.783	14	Nein

Mit Wirkung zum 1. Januar 2023 wurden die MVZ DaVita Dresden GmbH sowie die Vorratsgesellschaften MVZ DaVita 17 GmbH, MVZ DaVita 18 GmbH, MVZ DaVita 23 GmbH und MVZ DaVita Markgräflerland GmbH auf die MVZ DaVita Hannover Linden GmbH verschmolzen. Die DaVita Deutschland AG war bzw. ist an den genannten Gesellschaften jeweils zu 100 % beteiligt.

Alleinige Gesellschafterin ist zum 31. Dezember 2023 die DaVita Germany GmbH, Hamburg. In 2013 wurde zwischen der DaVita Germany GmbH (Organträger) und der DaVita Deutschland AG (Organgesellschaft) ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Der Ergebnisabführungsvertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 geändert.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der DaVita HealthCare Partners Inc. mit Sitz in Denver, Colorado, USA, einbezogen, die den Konzernabschluss sowohl für den größten als auch kleinsten Unternehmenskreis aufstellt. Dieser Konzernabschluss muss bei der amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC) unter der Nummer 1-14106 eingereicht werden. Die DaVita Deutschland AG nutzt gemäß § 292 HGB die Möglichkeit, sich durch Offenlegung des nach US-GAAP erstellten Konzernabschlusses der Muttergesellschaft (DaVita HealthCare Partners Inc.) von der deutschen Pflicht zur Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses und Konzernlageberichts zu befreien. Der befreiende Konzernabschluss wird von der Gesellschaft im Unternehmensregister veröffentlicht.

Wesentliche Unterschiede zur Rechnungslegung der Konzernmutter

Die wesentlichen Unterschiede zwischen der US-amerikanischen (US-GAAP) und der deutschen (HGB) Rechnungslegung im Konzernabschluss der DaVita Deutschland AG beruhen auf grundlegend unterschiedlichen Zielsetzungen. Während die HGB-Rechnungslegung primär das Vorsichtsprinzip und den Gläubigerschutz betont, liegt der Fokus der US-GAAP auf der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen für Kapitalgeber. Daher hat unter US-GAAP die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse – sowohl über verschiedene Geschäftsjahre als auch zwischen unterschiedlichen Unternehmen – sowie eine periodengerechte Erfolgsermittlung eine höhere Bedeutung als im HGB.

Unterschiede in der Konsolidierungsmethodik zwischen HGB und US-GAAP

Im Gegensatz zur deutschen Konzernrechnungslegung unterscheidet US-GAAP nur zwischen den beiden Konsolidierungsmaßnahmen "Kapitalkonsolidierung" und "Eliminierung konzerninterner Verflechtungen". Die Kapitalkonsolidierung basiert hierbei auf der Verrechnung des Eigenkapitals der Tochterunternehmen mit dem Beteiligungsbuchwert des Mutterunternehmens, wobei die Darstellung nach der sogenannten Erwerbsmethode erfolgt.

Gemäß § 301 HGB ist in der deutschen Rechnungslegung ausschließlich die Neubewertungsmethode für die Kapitalkonsolidierung zulässig. US-GAAP hingegen verlangt die Anwendung der Full-Goodwill-Methode.

Bei der Erstkonsolidierung nach der Neubewertungsmethode wird zunächst das Nettovermögen des Tochterunternehmens zum Zeitwert bewertet. Anschließend wird der auf den Konzern entfallende Teil des Eigenkapitals mit der Beteiligung der Konzernunternehmen an der Tochtergesellschaft verrechnet, sodass dieser nicht im Konzernabschluss erscheint. Der Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) wird hierbei nur in Höhe des Eigenanteils des Mutterunternehmens ausgewiesen; die nicht beherrschenden Anteile erscheinen ohne anteiligen Goodwill.

Bei der Erstkonsolidierung nach der Full-Goodwill-Methode nach US-GAAP wird hingegen auch der Anteil des Goodwills aktiviert, der auf die Minderheitsgesellschafter entfällt. Auf der Passivseite wird das Eigenkapital der Minderheitsanteile zu seinem Zeitwert ausgewiesen. Dies führt im Vergleich zur Neubewertungsmethode zunächst zu einer höheren Bilanzsumme und einem höheren Minderheitenanteil am Eigenkapital.

Darüber hinaus erlaubt das deutsche Bilanzrecht gemäß § 310 HGB, bestimmte Gemeinschaftsunternehmen wahlweise mittels Quotenkonsolidierung oder nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einzubeziehen. Während die Equity-Methode sowohl im Konzern- als auch im Einzelabschluss angewendet werden darf, ist die Quotenkonsolidierung nach US-GAAP bis auf wenige Sonderfälle nicht zulässig.

Goodwill

Der derivative Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) wird sowohl nach US-GAAP als auch nach HGB als immaterieller Vermögenswert ausgewiesen. Da dieser Goodwill als ein Vermögenswert mit unbestimmter Nutzungsdauer gilt, erfolgt nach US-GAAP keine planmäßige Abschreibung (Impairment-only-Ansatz). Stattdessen ist der aktivierte Goodwill mindestens einmal jährlich sowie zusätzlich bei besonderen Ereignissen auf seine Werthaltigkeit zu prüfen, basierend auf dem Fair Value.

Nach HGB hingegen wird ein entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert gemäß § 246 Abs. 1 Satz 4 HGB als Vermögensgegenstand behandelt, der planmäßig sowie bei Bedarf auch außerplanmäßig abzuschreiben ist (§ 253 Abs. 3 Satz 1 und Satz 3 HGB). Laut § 285 Nr. 13 HGB ist die Angabe des Abschreibungszeitraums erforderlich. Falls dieser Zeitraum nicht zuverlässig geschätzt werden kann, ist der Goodwill über 10 Jahre abzuschreiben (§ 253 Abs. 3 Satz 4 HGB).

Hamburg, den 12. November 2024

.....
Tobias Große Wentrup
Vorstand

.....
Prof. Dr. med. Werner Kleophas

DaVita Deutschland AG
Entwicklung des Anlagevermögens 2023

	01.01.2023	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen 01.01.2023	Abschreibungen und Zuschreibungen des Geschäftsjahrs				Buchwerte 31.12.2023	Buchwert 31.12.2022
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2023		Abschreibungen	Abgänge	Zuschreibungen	31.12.2023		
		EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	4.607.963,16	20.438,81	0,00	0,00	4.628.401,97	2.990.989,16	479.056,81	0,00	0,00	3.470.045,97	1.158.356,00	1.616.974,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	49.000,00	0,00	0,00	0,00	49.000,00	35.946,00	3.268,00	0,00	0,00	39.214,00	9.786,00	13.054,00
3. Geleistete Anzahlungen	439.705,23	341.202,50	0,00	0,00	780.907,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	780.907,73	439.705,23
	5.096.668,39	361.641,31	0,00	0,00	5.458.309,70	3.026.935,16	482.324,81	0,00	0,00	3.509.259,97	1.949.049,73	2.069.733,23
II. Sachanlagen												
1. Technische Anlagen und Maschinen	709.298,86	0,00	0,00	0,00	709.298,86	398.458,86	55.549,00	0,00	0,00	454.007,86	255.291,00	310.840,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.738.324,63	31.807,94	0,00	0,00	2.770.132,57	2.122.820,63	156.819,94	0,00	0,00	2.279.640,57	490.492,00	615.504,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	698.931,55	93.727,89	0,00	0,00	792.659,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	792.659,44	698.931,55
	4.146.555,04	125.535,83	0,00	0,00	4.272.090,87	2.521.279,49	212.368,94	0,00	0,00	2.733.648,43	1.538.442,44	1.625.275,55
III. Finanzanlagen												
Anteile an verbundenen Unternehmen	220.720.758,86	4.049.400,00	0,00	0,00	224.770.158,86	34.028.539,86	7.086.304,00	0,00	6.802.102,00	34.312.741,86	190.457.417,00	186.692.219,00
	220.720.758,86	4.049.400,00	0,00	0,00	224.770.158,86	34.028.539,86	7.086.304,00	0,00	6.802.102,00	34.312.741,86	190.457.417,00	186.692.219,00
	229.963.982,29	4.536.577,14	0,00	0,00	234.500.559,43	39.576.754,51	7.780.997,75	0,00	6.802.102,00	40.555.650,26	193.944.909,17	190.387.227,78

Anlage zum Anhang

DaVita Deutschland AG

Hamburg

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

A. Grundlagen der Gesellschaft

1) Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die DaVita Deutschland AG hält Beteiligungen an medizinischen Versorgungszentren und übernimmt in dieser Funktion neben dem eigenen operativen Geschäft auch zentrale Management- und Leistungsfunktionen für ihre Tochtergesellschaften. Operativ betrieb die DaVita Deutschland AG im abgelaufenen Geschäftsjahr in Kooperationen bzw. direkt Dialysezentren an den Standorten Salzgitter, Dillenburg, Herborn, Schwalmstadt und Fritzlar die Förderung der Behandlung von Nieren- und Hochdruckerkrankungen im weiteren Sinne, der Vorsorge und Therapie der chronischen Niereninsuffizienz, die Förderung der verschiedenen Verfahren der Nierenersatztherapie einschließlich der Nierentransplantation sowie die Förderung geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung einer terminalen Niereninsuffizienz. Dazu erfolgen die Bereitstellung von umfangreichen Dienstleistungen und die Durchführung weitergehender klinischer Untersuchungen durch vorgesehenes Fachpersonal sowie Prüfungen zum medizinischen Nutzen und zur Wirtschaftlichkeit der Nierenersatztherapie. Daneben erbringt die Gesellschaft Dienstleistungen zur Förderung und Entwicklung von Arztpraxen und sonstigen Einrichtungen zur Patientenversorgung. Darüber hinaus organisiert das Unternehmen die Zusammenarbeit mit Einrichtungen zur Patientenversorgung und stellt Ausrüstungsgegenstände zum Betrieb von Praxen und Einrichtungen zur Verfügung; die Gründung und der Betrieb einschließlich der Bewirtschaftung, Vermietung, Verpachtung und Verwaltung ärztlich geleiteter Einrichtungen, in denen Ärzte, die in das Arztregerister eingetragen sind, als Angestellte oder Vertragsärzte zur Erbringung ambulanter ärztlicher Leistungen tätig sind (medizinische Versorgungszentren nach § 95 Abs. 1 Satz 1 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch), sowie die Erbringung nicht-ärztlicher Dialyseleistungen (§§ 126, 127 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch).

B. Wirtschaftsbericht

1) Branchenbezogene Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Laut den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2023 einen Rückgang von 0,3% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Diese Entwicklung zeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland in einem weiterhin krisenbehafteten Umfeld stagniert. Die Erholung der deutschen Wirtschaft, die nach dem starken Rückgang im Jahr 2020 infolge der COVID-19-Pandemie eingesetzt hatte, konnte im Jahr 2023 nicht fortgesetzt werden. Dies deutet darauf hin, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die durch

verschiedene Krisen und hohe Inflation geprägt sind, die dynamische Entwicklung der Wirtschaft stark beeinträchtigen. Die geopolitischen Krisen, inflationsbedingte Kostensteigerungen, Fachkräftemangel und höhere Personalkosten wirken sich unmittelbar auf die Wettbewerbsfähigkeit aus.

Bezogen auf den Gesundheitsmarkt zeigen die veröffentlichten Zahlen, dass die Gesundheitswirtschaft in Deutschland weiterhin ein stabiler Motor für Wachstum und Beschäftigung ist. Nach dem Rückgang im Corona-Jahr 2020 hat sich der Sektor weiter erholen können. Dadurch trägt die Branche entscheidend zu wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen bei und wirkt sich positiv auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus.

Gemäß dem Bericht zur Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2023 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wird in der Gesundheitsbranche etwa jeder achte Euro der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, während sie mit 11,5 % zum nationalen BIP beiträgt.

Bedeutende Wachstumsfaktoren sind weiterhin:

- durch den demographischen Wandel erhöhter Bedarf an medizinischer Versorgung,
- längere Lebenserwartung der Menschen und damit steigende Anzahl immer älter werdender Patienten,
- ein Anstieg der chronisch erkrankten Patienten,
- zunehmendes Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und der damit verbundene Bedarf an medizinischen Leistungen,
- Forschung und Entwicklung am Innovationsstandort Deutschland.

Der Dialysemarkt, als Teil des gesamten Gesundheitsmarktes, ist weitestgehend geprägt durch Arztpraxen, welche als Einzel- oder Gemeinschaftspraxen geführt werden.

Die Nierenersatztherapie ist eine lebensrettende medizinische Dienstleistung. Die Kosten der Dialysebehandlungen werden aufgrund dessen in der Regel durch die gesetzliche und private Krankenkasse übernommen.

Die Erlösseite der DaVita Deutschland AG ist gesetzlich reglementiert und hängt wesentlich von der Haushaltsentwicklung des Bundes sowie der Einnahmenentwicklung des Krankenkassensystems ab.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen setzen alle Dialyse-Einrichtungen weiterhin unter große wirtschaftliche Herausforderungen. Entsprechend sind die politischen Diskussionen zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung in Deutschland, insbesondere hinsichtlich der Erhöhung der Dialysesachkostenpauschale, von großer Bedeutung. Nachdem die Erstattungspauschalen im Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) zum 1. Januar 2023 um zwei Prozent erhöht wurden, hat der Bewertungsausschuss die Dialysesachkostenpauschale zum 1. Januar 2024 um weitere 3,85 Prozent angehoben.

Die Erhöhung der Erstattungspauschalen sind zwar angesichts der erheblichen inflationsbedingten Kostensteigerungen weiterhin unzureichend, stellen jedoch einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar, der entscheidend für die Zukunft der Dialyseversorgung in Deutschland ist. Darüber hinaus wurden zusätzliche Anpassungen für die kommenden Jahre angekündigt.

Es bleibt abzuwarten, ob in Zukunft weitere Anpassungen vorgenommen werden, da nur so die finanziellen Rahmenbedingungen der Dialyseversorgung nachhaltig verbessert werden können, um die gestiegenen Kosten für Materialien, Personal und Betrieb auszugleichen. Nur durch diese Maßnahmen kann langfristig eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung, insbesondere in ländlichen Regionen, sichergestellt werden.

Geschäftsverlauf

Die DaVita Deutschland AG erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr zum 31.12.2023 Umsatzerlöse in Höhe von 4.818 TEUR (Vorjahr: 5.313 TEUR) und, bedingt durch einen bestehenden Ergebnisabführungsvertrag, einen Jahresüberschuss von 0 TEUR (Vorjahr: Jahresüberschuss 0 TEUR). Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Muttergesellschaft beträgt 12.015 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme 21.861 TEUR). Wesentlich geprägt wurde das Ergebnis durch die Übernahme von Funktionen für die Unternehmensgruppe wie Einkauf, Personal, Finanzen, Recht und IT. Bedingt durch nicht plangemäße Wertentwicklungen in einzelnen Tochtergesellschaften ergaben sich bezogen auf die Beteiligungsbuchwerte zum Teil geringere Fair Values (beizulegende Zeitwerte). Diese Wertdifferenzen fanden per 31. Dezember 2023 ihren Niederschlag in den Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von insgesamt 7.086 TEUR (Vorjahr 8.815 TEUR) und resultieren aus der unter dem Plan liegenden Entwicklung einzelner Tochtergesellschaften, insbesondere der MVZ DaVita Prenzlau-Pasewalk GmbH. Dem gegenüber stehen die Zuschreibungen auf Finanzanlagen per 31. Dezember 2023 in Höhe von insgesamt 6.802 TEUR (Vorjahr 3.118 TEUR). Die Zuschreibungen entfallen im Wesentlichen auf die Beteiligungsbuchwerte der MVZ DaVita Nierenzentrum Berlin-Britz GmbH in Höhe von 4.603 TEUR. Der höhere Fair Value resultiert aus der plangemäßen Wertentwicklung sowie der positiven Ergebnisprognose für die Gesellschaft. Das Gesamtergebnis vor Verlustübernahme übertrifft die Erwartungen des Lageberichts 2022. Diese positive Entwicklung ist hauptsächlich auf die geringeren Abschreibungen und gleichzeitig höheren Zuschreibungen auf Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2023 sowie auf die hohen Restrukturierungskosten von 3.442 TEUR im Geschäftsjahr 2022 zurückzuführen. Der Serviceumfang und die Qualität für die Konzernfunktionen konnten im Geschäftsjahr weiter gesteigert werden.

2) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** liegen, wie bereits im Geschäftsverlauf beschrieben, zum abgelaufenen Geschäftsjahr bei 4.818 TEUR (Vorjahr 5.313 TEUR). Die Umsätze beinhalten ausschließlich KV-Umsätze (Abrechnungen von gesetzlich versicherten Patienten über die Kassenärztliche Vereinigung).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 auf 7.037 TEUR (Vorjahr: 3.473 TEUR) und resultieren mit 6.802 TEUR (Vorjahr 3.118 TEUR) überwiegend aus Zuschreibungen auf Finanzanlagen.

Der **Materialaufwand** liegt bei 579 TEUR (Vorjahr 524 TEUR). Die Materialaufwandsquote beträgt 12,0% (Vorjahr 9,9%). Der Anstieg der Materialaufwandsquote ist hauptsächlich auf die gestiegenen Kosten für den Materialeinkauf zurückzuführen.

Der **Personalaufwand** liegt bei 9.914 TEUR (Vorjahr 10.004 TEUR).

Die **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** liegen bei 695 TEUR (Vorjahr 1.013 TEUR).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 bei 6.665 TEUR (Vorjahr 10.488 TEUR) und ergeben sich im Wesentlichen aus IT-Kosten, Kosten für Rechtsberatungen und weiteren Kosten im Zusammenhang mit den bereits im Vorjahr initiierten Restrukturierungsmaßnahmen. Die höheren Aufwendungen des Vorjahrs sind ebenfalls maßgeblich auf

die von der DaVita-Geschäftsführung eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen (3.442 TEUR) zurückzuführen.

Finanzlage

Die Liquidität wird unter anderem durch die monatlichen Abschlagszahlungen durch die KV sichergestellt. Um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wird die Konzernfinanzierung der DaVita Gesellschaften mit einem vollautomatischen Cash-Pooling gesteuert. Darüber hinaus besteht innerhalb der DaVita Unternehmensgruppe jederzeit die Möglichkeit, bei Bedarf auf kurzfristige Darlehen zwischen den Konzerngesellschaften zurückzugreifen. Somit konnte die Gesellschaft ihren Zahlungsverpflichtungen im Geschäftsjahr nachkommen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 380.964 TEUR (Vorjahr 361.758 TEUR).

Das Anlagevermögen der Gesellschaft in Höhe von 193.945 TEUR (Vorjahr 190.387 TEUR) war in vollem Umfang durch das Eigenkapital in Höhe von 229.479 TEUR (Vorjahr 229.479 TEUR) finanziert. Das Anlagevermögen der Gesellschaft bestand zum Bilanzstichtag mit 190.457 TEUR (Vorjahr 186.692 TEUR) im Wesentlichen aus Beteiligungen an Tochtergesellschaften.

Das Umlaufvermögen zusammen mit dem Rechnungsabgrenzungsposten beträgt 187.019 TEUR (Vorjahr 171.371 TEUR) und besteht im Wesentlichen aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen (181.415 TEUR, Vorjahr 166.255 TEUR). Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultiert aus der Forderung aus Verlustübernahme durch die Mehrheitsgesellschafterin.

Die **Eigenkapitalquote** beträgt zum 31.12.2023 60,24% (Vorjahr 63,43%), wobei der Rückgang bei unverändertem Eigenkapital auf die gestiegene Bilanzsumme zurückzuführen ist.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1.954 TEUR (Vorjahr 4.381 TEUR) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen, für ausstehende Rechnungen von Lieferanten und sowie für Personalverpflichtungen. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Verbrauch der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Abschlussstichtag 631 TEUR (Vorjahr 645 TEUR) und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 148.812 TEUR (Vorjahr 124.914 TEUR). Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Cashpooling-Verbindlichkeiten in der Gruppe.

3) Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Für die Gesellschaft werden eine Geschäftsjahresplanung und ein monatliches Berichtswesen erstellt. Durch Soll-Ist-Vergleiche wird überprüft, ob die Ziele erreicht werden. Steuerungsmaßnahmen werden vereinbart, zentral nachgehalten und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft.

Die Chancen- und Risikolage der Gesellschaft bildet mögliche positive oder negative Abweichungen von der dargestellten Prognose ab.

Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken ab.

Risiken

Die Entwicklung des Gesundheitsmarktes ist grundsätzlich weitgehend unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Wesentliche Faktoren sind vielmehr die Veränderungen in der Bevölkerungs- und Altersstruktur sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor. Für die Gruppe bestehen konjunkturelle Risiken insbesondere hinsichtlich der Einkaufspreise für Verbrauchsmaterialien und Geräte im Dialysebereich, die als mittel bis gering eingestuft werden können. Die Bedeutung dieses Risikos für die Gesellschaft wird als mittel eingestuft.

Die Gesellschaft bzw. ihre Tochtergesellschaften erwirtschaften ihre Umsätze im Wesentlichen mit der Behandlung von chronischen Nierenerkrankungen. Die Anzahl der Patienten ist dabei in erster Linie von den folgenden Faktoren abhängig:

- der demographischen Entwicklung,
- der gesellschaftlichen Entwicklung im Bereich Lifestyle und Gesundheitsbewusstsein,
- dem medizinischen Fortschritt und damit neuen und verbesserten medizinisch-technischen Diagnose- und Behandlungsmethoden.

Das größte Risiko besteht in der Abhängigkeit von den gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erstattung der durchgeführten Behandlungen sowie dem zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich. Hier bleibt der Kostendruck auf das Gesundheitssystem weiterhin hoch. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in den steigenden Personal- und Materialkosten sowie in den inflationsbedingten Kostensteigerungen in allen Bereichen. Die Bedeutung dieses Risikos für die Gesellschaft wird als mittel eingestuft.

Nachdem die Erstattungssätze zu Beginn des Jahres 2023 um zwei Prozent angehoben wurden, kam es zum 1. Januar 2024 zu einer weiteren Erhöhung um 3,85 %. Dennoch bleibt die politische Diskussion über die Erstattungspauschalen für Dialysebehandlungen entscheidend, um die dynamische Kostenentwicklung der letzten Jahre angemessen zu berücksichtigen.

Dank der frühzeitig von der Geschäftsführung der DaVita Deutschland AG eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen konnten Synergien genutzt und die Effizienz in vielen Bereichen optimiert werden. Durch diese Maßnahmen konnten kurzfristig Kosteneinsparungen erzielt werden, sodass die Wirtschaftlichkeit trotz anhaltend hoher Inflation und der damit verbundenen Kostensteigerungen gesichert und der operative Klinikbetrieb in ganz Deutschland aufrechterhalten werden konnte.

Nichtsdestotrotz bleiben insbesondere die makroökonomischen Entwicklungen, geopolitischen Krisen und inflationsbedingten Kostensteigerungen erhebliche Risikofaktoren, die potenziell negative Auswirkungen auf den Gesundheitsmarkt haben können.

Die Elementarrisiken werden durch einen umfassenden Versicherungsschutz abgedeckt. Die Bedeutung dieser Risiken für die Gesellschaft wird als gering eingestuft.

Chancen

Die DaVita Deutschland AG profitiert im Wesentlichen von der Einbindung in den DaVita Konzern, welcher die Weiterentwicklung und Innovation der Dialysestandards innerhalb der eigenen Unternehmensgruppe immer weiter vorantreibt. Die DaVita Deutschland AG wird auch in Zukunft von diesen hohen Standards sowie der Weiterentwicklung der Behandlung von chronischen Nierenerkrankungen profitieren und damit im Wettbewerbsumfeld eine führende Position einnehmen. Des Weiteren wird die Gesellschaft von der Nutzung von Synergieeffekten vor allem im Bereich des Materialeinkaufs profitieren, die sich im Verbund

der DaVita Deutschland Gruppe umsetzen lassen. Aus dem Vorgenannten ergeben sich bedeutende Chancen für die Gesellschaft.

Prognose

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024 bleiben herausfordernd. Anhaltende geopolitische Spannungen sowie die fortdauernde Inflation haben erhebliche Auswirkungen auf die Kostenstruktur der Unternehmen und beeinflussen die globalen Märkte maßgeblich, was wirtschaftliches Handeln noch komplexer gestaltet. Zudem sind die Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie in Form rückläufiger Patientenzahlen weiterhin spürbar. Des Weiteren bleibt der zunehmende Mangel an Pflegekräften ein drängendes Problem, das innovative Lösungen erfordert, um mehr Fachkräfte zu gewinnen und eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen.

Der bisherige Geschäftsverlauf im Jahr 2024 hat gezeigt, dass die Folgewirkungen der COVID-19-Pandemie stärker ausfallen als erwartet. Dies spiegelt sich insbesondere in der Anzahl der Patienten und der damit verbundenen Erlössituation wider. Daher rechnen wir für die Gesellschaft im Jahr 2024 mit einer stagnierenden Umsatz- und Ergebnisentwicklung. Der Kostendruck sowie die anhaltenden Auswirkungen der Pandemie können nicht vollständig durch die bislang genehmigte Erhöhung der Erstattungspauschale und die konzernweiten Kosteneinsparungen ausgeglichen werden.

Obwohl das im Geschäftsjahr 2022 initiierte Maßnahmenprogramm zur wirtschaftlichen Stabilisierung auch im Geschäftsjahr 2024 positive Effekte gezeigt hat, wird die Gesellschaft voraussichtlich die Planvorgaben für 2024 nicht erreichen können. Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme zum 30. September 2024 beträgt 10.384 TEUR. Auf Grundlage der vorläufigen Zahlen für 2024 rechnet die Geschäftsführung mit einem ähnlichen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme im Vergleich zu 2023.

Die zukünftige Entwicklung des gesamten Dialysemarkts, und damit auch der DaVita Gruppe, hängt maßgeblich von zukünftigen politischen Entscheidungen ab. Um die flächendeckende medizinische Versorgung der Patienten sicherzustellen, ist es unerlässlich, die Dialysepauschalen an das gestiegene Kostenniveau der vergangenen Jahre anzupassen und künftig dynamisch fortzuschreiben.

Hamburg, den 12. November 2024

Tobias Große Wentrup

Prof. Dr. med. Werner Kleophas

Vorstand

Appendix 2

Annual financial statements as of December 31, 2023 and management report (translation)

- 2.1 Balance sheet**
- 2.2 Income statement**
- 2.3 Notes**
- 2.4 Management report**

DaVita Deutschland AG, Hamburg
Balance sheet as of December 31, 2023 (translation)

Assets	Dec. 31, 2023 EUR	Dec. 31, 2022 EUR	Equity and liabilities	Dec. 31, 2023 EUR	Dec. 31, 2022 EUR
A. Fixed assets			A. Equity		
I. Intangible assets			I. Subscribed capital	187,511.00	187,511.00
1. Concessions, industrial property rights and similar rights and assets acquired for a consideration	1,158,356.00	1,616,974.00	II. Capital reserve	228,036,388.90	228,036,388.90
2. Goodwill	9,786.00	13,054.00	III. Retained earnings		
3. Advance payments	<u>780,907.73</u>	<u>439,705.23</u>	Statutory reserve	3,093.00	3,093.00
	1,949,049.73	2,069,733.23	IV. Accumulated profit	1,252,087.00	1,252,087.00
II. Property, plant and equipment			V. Net income	0.00	0.00
1. Technical equipment and machinery	255,291.00	310,840.00			
2. Other equipment, operating and office equipment	490,492.00	615,504.00			
3. Advance payments and construction in progress	<u>792,659.44</u>	<u>698,931.55</u>		<u>229,479,079.90</u>	<u>229,479,079.90</u>
	1,538,442.44	1,625,275.55	B. Provisions		
III. Financial assets			Other provisions	<u>1,954,147.65</u>	<u>4,381,175.09</u>
Shares in affiliated companies	<u>190,457,417.00</u>	<u>186,692,219.00</u>		<u>1,954,147.65</u>	<u>4,381,175.09</u>
	190,457,417.00	186,692,219.00	C. Liabilities		
	<u>193,944,909.17</u>	<u>190,387,227.78</u>	1. Liabilities to financial institutions	0.00	0.00
B. Current assets			2. Trade payables	631,042.45	644,514.64
I. Inventories			3. Liabilities to affiliated companies	148,811,968.85	124,914,462.62
Raw materials and supplies	<u>0.00</u>	<u>25,147.50</u>	4. Other liabilities	<u>87,351.33</u>	<u>2,339,007.13</u>
	0.00	25,147.50		<u>149,530,362.63</u>	<u>127,897,984.39</u>
II. Receivables and other assets					
1. Trade receivables	29,908.17	22,418.16			
2. Receivables from affiliated companies	<u>181,414,578.59</u>	<u>166,254,737.78</u>			
3. Other assets	<u>551,390.51</u>	<u>275,083.92</u>			
	181,995,877.27	166,552,239.86			
III. Cash and cash equivalents	<u>4,730,867.77</u>	<u>4,405,690.74</u>			
	<u>186,726,745.04</u>	<u>170,983,078.10</u>			
C. Prepaid expenses	<u>291,935.97</u>	<u>387,933.50</u>			
	<u>380,963,590.18</u>	<u>361,758,239.38</u>			

Appendix 2.2

DaVita Deutschland AG, Hamburg

Income statement for financial year 2023 (translation)

	2023 EUR	2022 EUR
1. Revenue	4,817,604.64	5,313,224.09
2. Other operating income	<u>7,036,622.86</u>	<u>3,473,423.09</u>
	<u>11,854,227.50</u>	<u>8,786,647.18</u>
3. Cost of materials		
a) Cost of raw materials, supplies and purchased goods	-577,319.75	-509,883.56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1,386.17	-14,254.29
4. Personnel expenses		
a) Wages and salaries	-8,663,964.64	-9,073,111.63
b) Social security, pension and other benefits	-1,250,351.67	-930,740.69
5. Amortization, depreciation and write-downs of intangible assets and property, plant and equipment	-694,693.75	-1,013,423.91
6. Write-downs of financial assets	-7,086,304.00	-8,814,855.51
7. Other operating expenses	<u>-6,665,614.27</u>	<u>-10,488,496.62</u>
	<u>-24,939,634.25</u>	<u>-30,844,766.21</u>
8. Profit transferred under a profit and loss transfer agreement	2,364,707.95	2,024,631.79
9. Expenses from assumption of losses	-306,843.89	-498,560.38
10. Other interest and similar income	347,118.80	356,339.87
11. Interest and similar expenses	<u>-1,334,281.53</u>	<u>-1,384,015.97</u>
	<u>1,070,701.33</u>	<u>498,395.31</u>
12. Income taxes	0.00	-301,080.12
13. Earnings after taxes	<u>-12,014,705.42</u>	<u>-21,860,803.84</u>
14. Income from loss assumption	<u>12,014,705.42</u>	<u>21,860,803.84</u>
15. Net income/loss for the year	0.00	0.00

DaVita Deutschland AG, Hamburg

Hamburg District Court, commercial register file number HRB 107310

NOTES TO THE FINANCIAL STATEMENTS AS OF DECEMBER 31, 2023 (translation)

General information

As of the balance sheet date, DaVita Deutschland AG is a medium-sized corporation within the meaning of Section 267 (2) of the German Commercial Code [HGB].

The annual financial statements were prepared in accordance with the accounting standards of the German Commercial Code, taking into account the German Stock Corporation Act [AktG].

The Company makes partial use of the size-related reporting simplifications of Section 288 (2) HGB.

The income statement has been prepared according to the nature of expense method pursuant to Section 275 (2) HGB.

The financial year is the calendar year.

In the interest of clarity, the notes required by law with regard to the items on the balance sheet and the income statement, as well as the notes which can optionally be included in the balance sheet, income statement or the notes to the financial statements, are included in the notes to the financial statements.

Accounting policies

Intangible assets and property, plant and equipment are stated at cost less amortization or depreciation based on their useful life. They are written down on a straight-line basis over their useful lives of between 3 and 22 years. Additions of movable items of property, plant and equipment are depreciated on a pro-rata basis.

Goodwill is written down over 15 years, as such a useful life was assumed as part of the acquisition.

Shares in affiliated companies were recognized at cost. Impairment losses are recognized in the case of impairment that is expected to be permanent. The corresponding fair value is determined on the basis of the capitalized earnings approach. If the reason for the write-down no longer applies, the write-down is reversed up to the maximum of the cost, as long as the high value is expected to be permanent.

Receivables, other assets and cash and cash equivalents are stated at nominal or face value or at lower fair value.

Provisions are stated at the settlement amount deemed necessary based on prudent commercial judgment.

Liabilities are stated at their settlement amount.

Notes to and explanations on individual items in the balance sheet and income statement

Movements in individual fixed assets are presented in an appendix to these notes.

All receivables and other assets, as in the prior year, are due within one year.

The receivables from affiliated companies in the amount of KEUR 181,415 (PY: KEUR 166,255) consist of loans, Cash-Pooling and receivables from profit and loss transfer agreements. They include receivables from the shareholder of KEUR 160,108 (PY: KEUR 123,841).

The capital reserve consists of appropriated reserves of KEUR 5,297 from resolutions passed in 2011 and 2012 and unappropriated reserves of KEUR 222,739 which were used to acquire the investments held as financial assets.

Other provisions include provisions for for restructuring measures of KEUR 397 (previous year: KEUR 2,249), personnel expenses of KEUR 660 (PY: KEUR 871), outstanding invoices of KEUR 383 (PY: KEUR 948) and financial statement closing and audit fees of KEUR 484 (PY: KEUR 312).

As in the prior year, all liabilities are due within one year.

Liabilities to affiliated companies of KEUR 148,812 (PY: KEUR 124,914) include all liabilities to affiliated companies and, as in the prior year, all liabilities to affiliated companies are classified as other liabilities and cash pooling agreements.

Other liabilities include tax liabilities in the amount of KEUR 38 (PY: KEUR 24).

Other operating income includes write-ups on financial assets in the amount of KEUR 6,802 (PY: KEUR 3,118) due to higher fair values.

Personel costs include expenses for pensions of KEUR 33 (PY: KEUR 37).

Write-downs on financial assets amounting to KEUR 7,086 (PY: KEUR 8,815) result from the lower fair values due to unplanned developments in the value of subsidiaries.

Other operating expenses amounting to KEUR 6,665 (PY: KEUR 10,489) result mainly from IT costs, advisory costs, rental costs and travel expenses.

Other interest and similar income includes amounts from affiliated companies of KEUR 347 (PY: KEUR 356).

Interest and similar expenses include KEUR 1,333 (PY: KEUR 1,351) interest payable to affiliated companies.

Other financial obligations

Other financial obligations of KEUR 1,469 relate mainly to leases (PY: KEUR 1,850). Profit and loss transfer agreements exist with subsidiaries as listed in the disclosures pursuant to Section 285 No. 11 HGB.

Contingent liabilities

The Company has assumed the following obligations for the medical care centers in which it has an interest as set out below:

- Guarantees for the commitments of the companies towards the respective German Association of Statutory Health Insurance Physicians and health insurance providers from the statutory medical operations;
- Guarantees for the purchase price payment obligations and loan commitments in connection with the acquisition of the business operations of the respective medical care center;
- Letters of comfort for lease agreements of these companies;
- Letters of comfort to 29 medical care centers entailing commitment to assume losses and ensure solvency.

At the time of preparing the annual financial statements, the Management Board does not expect the aforementioned obligations to be utilized, as there are no indications that they will be utilized. Furthermore, the DaVita medical care centers have fully met their obligations under the aforementioned contracts to date.

The outstanding obligations related to purchase price and loan commitments were fully settled during the fiscal year, and as of December 31, 2023, no outstanding obligations remain (previous year: EUR 8 million).

Due to the current capital structure at MVZ DaVita Falkensee GmbH, as well as at MVZ DaVita Dinkelsbühl GmbH there may be a latent risk that DaVita Deutschland AG could be held liable by DaVita Germany GmbH for a Group liability in the amount of KEUR 5,650 or KEUR 9,992. At the time of preparing the annual financial statements according to liquidity planning, management does not expect any claims to be made under this letter of comfort.

Transactions not concluded at arm's length conditions

The Company performs functions for the corporate group such as purchasing, finance and IT. These were not invoiced to the receiving companies in financial year 2023.

Other disclosures

Average number of employees in financial year 2023:

- Salaried employees: 90
- Wage earners: 0
- Temporary staff: 0

The following persons are or were appointed to the Management Board:

Prof. Dr. med. Werner Kleophas, Düsseldorf, Doctor
Tobias Große Wentrup, Hamburg, Managing Director

The following persons are or were appointed to the Supervisory Board:

Jeffrey W. Hemminger, London, United Kingdom, Managing Director
Vincent Jégou, London, United Kingdom, Managing Director
Jeremy Michael Eaves, London, United Kingdom, Chief People Officer
Dr. Partha Pratim Das, London, United Kingdom, Chief Medical Officer
Kavita Singh, Huddersfield, United Kingdom, Lawyer (until October 17, 2023)

The exemption clause in Section 286 (4) HGB has been exercised.

The disclosures pursuant to Section 285 No. 11 HGB are presented in the following table.

Name	Registered office	Share held in %	Share capital in KEUR	Equity as of December 31, 2023 in KEUR	Net income for the year in KEUR 2023	Profit transfer
MVZ DaVita Salzgitter-Seesen GmbH	Hamburg	100	25	3,162	0	Yes
MVZ DaVita Rhein-Ruhr GmbH	Hamburg	90.91	27.5	25,404	-1,564	No
DaVita Clinical Research Deutschland GmbH	Hamburg	100	50	76	0	Yes
MVZ DaVita Alzey GmbH	Hamburg	100	26	593	0	Yes
MVZ DaVita Gera GmbH	Hamburg	100	25	6,025	0	Yes
MVZ DaVita Emden GmbH	Hamburg	100	25	9,525	0	Yes
DaVita Süd-Niedersachsen GmbH	Hamburg	100	25	7,882	1.243	No
MVZ DaVita Neuss GmbH	Hamburg	90,91	27.5	4,799	86	No
MVZ DaVita Elsterland GmbH	Hamburg	100	25	4,470	-212	No
MVZ DaVita Duisburg GmbH	Hamburg	90.91	27.5	-6,690	-441	No
MVZ DaVita Aurich GmbH	Hamburg	100	25	5,894	0	Yes
MVZ DaVita Dormagen GmbH	Hamburg	100	25	3,373	183	No
MVZ DaVita Niederrhein GmbH	Hamburg	100	25	-1,409	-123	No

Name	Registered office	Share held in %	Share capital in KEUR	Equity as of December 31, 2023 in KEUR	Net income for the year in KEUR 2023	Profit transfer
MVZ DaVita Mönchengladbach GmbH	Hamburg	100	25	1,768	-174	No
MVZ DaVita Bad Düben GmbH	Hamburg	90.91	27.5	6,353	91	No
MVZ DaVita Viersen GmbH	Hamburg	90.91	27.5	1,255	-511	No
MVZ DaVita Nierenzentrum Berlin-Britz GmbH	Hamburg	100	25	6,609	-1,405	No
MVZ DaVita Geilenkirchen GmbH	Hamburg	100	25	4,326	-573	No
MVZ DaVita Iserlohn GmbH	Hamburg	100	25	5,129	-500	No
MVZ DaVita Dillenburg GmbH	Hamburg	90,91	27.5	150	37	No
MVZ DaVita Rhein-Ahr GmbH	Hamburg	90.91	27.5	3,668	-381	No
Diacare AG	Zurich, Switzerland	100	92	-1,097	-315	No
MVZ DaVita Prenzlau-Pasewalk GmbH	Hamburg	100	25	13,761	-2,160	No
MVZ DaVita Schwalm-Eder GmbH	Hamburg	100	25.5	-1,185	65	No

Name	Registered office	Share held in %	Share capital in KEUR	Equity as of December 31, 2023 in KEUR	Net income for the year in KEUR 2023	Profit transfer
MVZ DaVita Bad Aibling GmbH	Hamburg	95	26.5	421	0	No
MVZ DaVita Falkensee GmbH	Hamburg	100	25	-3,309	-721	No
MVZ DaVita Hamm Ahlen GmbH	Hamburg	90,90	27.5	-83	-53	No
MVZ DaVita Dinkelsbühl GmbH	Hamburg	100	25	-9,480	-1,854	No
MVZ Aachen-Alsdorf GmbH	Hamburg	100	25	-7,344	-1,561	No
MVZ Hannover-Linden GmbH	Hamburg	100	150	1,783	14	No

The MVZ DaVita Dresden GmbH and the shelf companies MVZ DaVita 17 GmbH, MVZ DaVita 18 GmbH, MVZ DaVita 23 GmbH, and MVZ DaVita Markgräflerland GmbH were merged into MVZ DaVita Hannover Linden GmbH, effective January 1, 2023. DaVita Deutschland AG held or currently holds a 100% ownership interest in each of these companies.

The sole owner is DaVita Germany GmbH, Hamburg, as of December 31, 2023. In 2013, a profit and loss transfer agreement was concluded between DaVita Germany GmbH (controlling entity) and DaVita Deutschland AG (controlled entity). The profit and loss transfer agreement was revised as of January 1, 2016.

The Company's annual financial statements are incorporated into the consolidated financial statements of DaVita HealthCare Partners Inc., headquartered in Denver, Colorado, USA, which prepares the consolidated accounts for both the smallest and largest scope of affiliated companies. These consolidated financial statements are filed with the U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) under filing number 1-14106. Pursuant to Section 292 of the German Commercial Code (HGB), DaVita Deutschland AG opts to fulfill its German requirement to prepare consolidated financial statements and a Group management report by referencing the parent company's consolidated financial statements, prepared in accordance with US-GAAP. These exempting consolidated financial statements are published in the German Federal Gazette.

Significant Differences from the Parent Company's Accounting Standards

The key differences between U.S. (US-GAAP) and German (HGB) accounting in DaVita Deutschland AG's consolidated financial statements arise from their fundamentally different objectives. HGB accounting is primarily focused on the principles of prudence and creditor protection, whereas US-GAAP prioritizes providing investors with decision-relevant information. As a result, US-GAAP places greater emphasis on the comparability of financial statements—both across different fiscal years and among various companies—as well as on accrual-based income recognition, which is given higher priority than under HGB.

Comparison of Consolidation Methods Between HGB and US-GAAP

In contrast to German group accounting, US-GAAP distinguishes between two consolidation methods: “capital consolidation” and “elimination of intercompany transactions.” Capital consolidation involves offsetting the subsidiaries' equity against the carrying amount of the investment in the parent company, using the purchase method.

Under Section 301 of the HGB, only the revaluation method is permitted for capital consolidation in German accounting. US-GAAP, however, requires the use of the full goodwill method.

When using the revaluation method for initial consolidation, the subsidiary's net assets are first measured at fair value. The portion of equity attributable to the Group is then offset against the Group's interest in the subsidiary, so it does not appear in the consolidated financial statements. Goodwill is recognized only for the parent company's equity interest, and non-controlling interests are reported without proportionate goodwill. In contrast, under the full goodwill method in US-GAAP, the portion of goodwill attributable to minority interests is also capitalized. On the liabilities side, the equity of the minority interests is reported at fair value, leading to a higher balance sheet total and a higher minority interest in equity compared to the revaluation method.

Additionally, German accounting law allows certain joint ventures to be included in the consolidated financial statements using either proportionate consolidation or the equity method, as per Section 310 HGB. While the equity method can be used in both consolidated and separate financial statements, proportionate consolidation is generally not permitted under US-GAAP, except in a few special cases.

Goodwill

Both US-GAAP and HGB recognize derivative goodwill (Goodwill) as an intangible asset. Since goodwill is considered an asset with an indefinite useful life, under US-GAAP, it is not subject to systematic amortization (Impairment-only approach). Instead, goodwill must be tested for

impairment at least annually, and more frequently if there are specific events or changes that indicate potential impairment, based on its fair value.

In contrast, under HGB, acquired goodwill is treated as an asset that must be amortized systematically, and also subject to unscheduled amortization if necessary (Section 253, Paragraph 3, Sentences 1 and 3 HGB). According to Section 285, No. 13 HGB, the disclosure of the amortization period is required. If this period cannot be reliably estimated, goodwill must be amortized over a period of 10 years (Section 253, Paragraph 3, Sentence 4 HGB).

Hamburg, November, 12 2024

.....
Tobias Große Wentrup
Management Board

.....
Prof. Dr. med. Kleophas

DaVita Deutschland AG

Movements in fixed assets during financial year 2023

	Cost					Accumulated amortization, depreciation and write-downs	Amortization, depreciation and write-downs as well as reversals of write-downs during the financial year				Carrying amount			
	Jan. 01, 2023	Additions		Disposals	Reclassifi- cations		Dec. 31, 2023	Jan. 01, 2023	Depreciation, amortization and write-downs	Disposals	Reversals of write-downs	Dec. 31, 2023	Dec. 31, 2022	
		EUR	EUR						EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Intangible assets														
1. Concessions, industrial property rights and similar rights and assets acquired for a consideration	4,607,963.16	20,438.81	0.00	0.00	4,628,401.97	2,990,989.16	479,056.81	0.00	0.00	3,470,045.97	1,158,356.00	1,616,974.00		
2. Goodwill	49,000.00	0.00	0.00	0.00	49,000.00	35,946.00	3,268.00	0.00	0.00	39,214.00	9,786.00	13,054.00		
3. Advance payments	439,705.23	341,202.50	0.00	0.00	780,907.73	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	780,907.73	439,705.23		
	5,096,668.39	361,641.31	0.00	0.00	5,458,309.70	3,026,935.16	482,324.81	0.00	0.00	3,509,259.97	1,949,049.73	2,069,733.23		
II. Property, plant and equipment														
1. Technical equipment and machinery	709,298.86	0.00	0.00	0.00	709,298.86	398,458.86	55,549.00	0.00	0.00	454,007.86	255,291.00	310,840.00		
2. Other equipment, operating and office equipment	2,738,324.63	31,807.94	0.00	0.00	2,770,132.57	2,122,820.63	156,819.94	0.00	0.00	2,279,640.57	490,492.00	615,504.00		
3. Advance payments and construction in progress	698,931.55	93,727.89	0.00	0.00	792,659.44	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	792,659.44	698,931.55		
	4,146,555.04	125,535.83	0.00	0.00	4,272,090.87	2,521,279.49	212,368.94	0.00	0.00	2,733,648.43	1,538,442.44	1,625,275.55		
III. Financial assets														
Shares in affiliated companies	220,720,758.86	4,049,400.00	0.00	0.00	224,770,158.86	34,028,539.86	7,086,304.00	0.00	6,802,102.00	34,312,741.86	190,457,417.00	186,692,219.00		
	220,720,758.86	4,049,400.00	0.00	0.00	224,770,158.86	34,028,539.86	7,086,304.00	0.00	6,802,102.00	34,312,741.86	190,457,417.00	186,692,219.00		
	229,963,982.29	4,536,577.14	0.00	0.00	234,500,559.43	39,576,754.51	7,780,997.75	0.00	6,802,102.00	40,555,650.26	193,944,909.17	190,387,227.78		

DaVita Deutschland AG

Hamburg

Annual financial statements for the financial year from January 1, 2023, to December 31, 2023

Management report for financial year 2023 (translation)

A. Company profile

1) Company's business model

DaVita Deutschland AG holds participating interests in medical care centers and, in this capacity, assumes central management and performance functions for its subsidiaries in addition to its own operating business. DaVita Deutschland AG operated dialysis centers at the Salzgitter, Dillenburg, Herborn, Schwalmstadt and Fritzlar sites in the past financial year as part of cooperative ventures or directly, which were responsible for supporting the treatment of kidney and high blood pressure diseases in the broader sense, prevent and treat chronic renal failure, promote various procedures involving kidney replacement therapy, including kidney transplants, as well as support suitable measures to avoid terminal renal failure. This includes providing extensive services and further clinical trials carried out by designated specialists, as well as examining the medical benefits and efficiency of renal replacement therapy. In addition, the Company provides services to promote and develop medical practices and other patient care facilities. Furthermore, the Company organizes collaboration with patient care facilities and makes equipment available for running medical practices and facilities. The Company's business activities also include the establishment and operation – including management, renting, leasing and administration – of interdisciplinary medically managed facilities, where physicians which are listed in the Physician's Registry are employed as salaried staff or doctors under contract to provide outpatient medical services (medical care centers pursuant to Section 95 (1) sentence 1 of the Fifth Book of the German Social Code), as well as the provision of non-medical dialysis care pursuant to Sections 126 and 127 of the Fifth Book of the German Social Code.

B. Economic report

1) Industry environment and business performance

Industry environment

According to preliminary calculations by the Federal Statistical Office, Germany's price-adjusted Gross Domestic Product (GDP) declined by 0.3% in 2023 compared to the previous year. This trend indicates that the overall economic situation in Germany remains stagnant amid a persistently crisis-ridden environment. The recovery of the German economy, which began after the sharp decline in 2020 due to the COVID-19 pandemic, could not be sustained in 2023. This suggests that the economic conditions,

shaped by various crises and high inflation, have significantly hindered the dynamic development of the economy. Geopolitical crises, inflation-driven cost increases, labor shortages, and higher personnel costs are directly impacting competitiveness.

With regard to the healthcare market, the published data indicates that the healthcare sector in Germany remains a stable driver of growth and employment. After the downturn in 2020 due to the coronavirus pandemic, the sector has continued its recovery. As a result, the industry is making a significant contribution to key economic policy objectives and positively influencing overall economic growth.

According to the 2023 report on the Health Economy Accounting by the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action, the healthcare sector generates approximately one in every nine euros of gross value added, contributing 11.5% to the national GDP.

Significant growth factors include:

- Increased need for medical care due to demographic changes
- Longer life expectancy and therefore an ever-greater number of older patients
- An increase in chronically ill patients
- Increase in health consciousness among the population and the associated demand for medical services
- Research and development in the innovation hub of Germany

The dialysis market in Germany is largely dominated by physicians/medical surgeries that are run as single or joint practices.

Renal replacement therapy is a life-saving medical service. The cost of dialysis treatment is therefore usually covered by statutory or private health insurance.

The revenue side of DaVita Deutschland AG is legally regulated and largely depends on the federal government's budget development as well as the revenue trends of the health insurance system.

The economic conditions continue to place significant financial pressure on all dialysis facilities. As a result, political discussions regarding the financing of healthcare in Germany, particularly with respect to the increase in the dialysis service fee, are of great importance. After the reimbursement rates in the Uniform Assessment Scale (EBM) were increased by 2% on January 1, 2023, the Evaluation Committee raised the dialysis service fee by an additional 3.85% on January 1, 2024.

Although the increase in reimbursement rates remains insufficient in light of significant inflation-driven cost increases, it represents an important step in the right direction and is crucial for the future of dialysis care in Germany. Additionally, further adjustments for the coming years have been announced.

It remains uncertain whether further adjustments will be made, as only through such measures can the financial conditions of dialysis care be sustainably improved to offset the rising costs of materials, personnel, and operations. These adjustments are crucial to ensuring long-term, high-quality, and comprehensive care, particularly in rural areas.

Business performance

DaVita Deutschland AG generated revenue of KEUR 4,818 for the fiscal year ending December 31, 2023 (PY: KEUR 5,313). Due to an existing profit transfer agreement, the company recorded a net loss of EUR 0 thousand (PY: net profit of EUR 0 thousand). The net loss before the transfer of losses to the parent company amounts to KEUR 12,015 (PY: net loss before loss transfer of KEUR 21,861).

Earnings were significantly influenced by the assumption of functions for the group, such as purchasing, personnel, finance, legal, and IT. Due to unexpected changes in the value development of certain subsidiaries, the fair values (market values) of some investments were lower than the carrying amounts. The write-downs on financial assets equals KEUR 7,086 (PY: KEUR 8,815) as of December 31, 2023 and result from the underperforming development of certain subsidiaries, particularly MVZ DaVita Prenzlau-Pasewalk GmbH. On the other hand, there were write-ups on financial assets as at December 31, 2023 in the total amount of KEUR 6,802 (PY: KEUR 3,118). The write-ups are primarily attributable to the carrying value of the investment in MVZ DaVita Nierenzentrum Berlin-Britz GmbH, amounting to KEUR 4,603. The higher fair value is a result of the planned value development and the positive earnings forecast for the company. The overall result before loss absorption exceeds the expectations of the 2022 management report. This positive development is mainly due to the lower depreciation and amortization and at the same time higher write-ups on financial assets in the 2023 financial year as well as the high restructuring costs in the 2022 financial year (KEUR 3,442). The scope and quality of services for the Group operations were further increased in the financial year.

2) Assets, financial position, and earnings situation

Financial performance

The **revenue** for the fiscal year amounted to KEUR 4,818 (PY: KEUR 5,313). The revenues exclusively consist of KV revenues (billings for legally insured patients through the Association of Statutory Health Insurance Physicians).

Other operating income for the financial year 2023 amounted to KEUR 7,037 (PY: KEUR 3,473) and was primarily driven by write-ups on financial assets.

Cost of materials amounts to KEUR 579 (PY: KEUR 524). The cost of materials ratio is 12,0% (PY: 9,9%). The increase in the cost of materials ratio is mainly due to the higher cost of purchasing materials.

Personnel expenses amount to KEUR 9,914 (PY: KEUR 10,004).

Depreciation on intangible assets and property, plant, and equipment amounted to KEUR 695 (PY: KEUR 1,013).

Other operating expenses for the financial year 2023 amounted to KEUR 6,665 (PY: KEUR 10,488) and were primarily related to IT costs, legal advisory fees, and other expenses associated with the restructuring measures initiated in the previous year. The higher expenses in the previous year were also largely due to the restructuring measures (KEUR 3,442) implemented by DaVita's management.

Financial position

The Company's liquidity is ensured, among other things, by the monthly payments made by the German Association of Statutory Health Insurance Physicians. In order to meet payment obligations, the Group financing of the DaVita entities is managed with fully automated cash pooling. In addition, the DaVita Group has the option of drawing on short-term loans between the Group entities at any time if necessary. The company was therefore able to meet its payment obligations in the financial year.

Assets and liabilities

As of December 31, 2023, total assets amount to KEUR 380,964 (PY: KEUR 361,758).

The Company's fixed assets of KEUR 193,945 (PY: KEUR 190,387) were financed in full by equity of KEUR 229,479 (PY: KEUR 229,479). As of the reporting date, the Company's fixed assets consisted mainly of investments in subsidiaries.

Current assets and prepaid expenses equaled in total KEUR 187,019 (PY: KEUR 171,371) and mainly consist of receivables from affiliated companies KEUR 181,415 (PY: KEUR 166,255). The increase in receivables affiliated companies results from the receivable form the assumption of losses by the majority shareholder.

The **equity ratio** as of December 31, 2023, amounts to 60,24% (PY: 63,43%), with the decrease primarily resulting from an increased balance sheet total, while equity remained unchanged.

Other provisions amounting to KEUR 1,954 (PY: KEUR 4,381) primarily include provisions for restructuring measures, outstanding invoices from suppliers, and employee-related obligations. The decrease is primarily due to the utilization of the provision for restructuring measures created in the previous year.

Trade payables amount to KEUR 631 (PY: KEUR 645) as of the reporting date and liabilities to affiliated companies total KEUR 148,812 (PY: 124,914). This increase of liabilities to affiliated companies results mainly from cash-pooling activities in the group.

3) Forecast, opportunities and risks

Opportunities and risks

The Company prepares a budget for the financial year and monthly reports. A comparison of budget to actual figures shows whether objectives are being met. Control measures are agreed on, centrally tracked and reviewed in terms of their effectiveness.

The Company's opportunities and risks reflect potential positive or negative deviations from the presented forecast.

From today's perspective, there is no indication of risks that may affect the Company's ability to continue as a going concern.

Risks

In general, developments in the healthcare market are generally largely independent of economic developments. Important in this regard is the development of the population and age structure as well as the development of the regulatory framework for the healthcare market. The Group is exposed to economic risks from changes in purchase prices for consumables and equipment in the dialysis segment. This risk is considered medium to low.

The company and its subsidiaries generate the majority of their revenue from the treatment of chronic kidney disease. The number of patients generally depends on the following factors:

- demographic development,
- societal developments in the area of lifestyle and health awareness,
- medical progress and thus new and improved medical-technical diagnosis and treatment methods.

The major risk arises from the dependence on the legal framework for the reimbursement of treatments carried out as well as the increasing shortage of qualified staff in the care sector. The cost pressure on the healthcare system remains high. This is mainly due to rising labor and material costs as well as the effects of inflation-related cost increases in all areas.

After the reimbursement rates were increased by 2% at the beginning of 2023, a further increase of 3.85% was implemented on January 1, 2024. However, the political discussion surrounding reimbursement rates for dialysis treatments remains critical to properly addressing the dynamic cost developments of recent years.

Due to the early restructuring measures implemented by the management of DaVita Deutschland AG, synergies were leveraged, and efficiency was optimized in many areas. These measures allowed for short-term cost savings, ensuring profitability despite persistently high inflation and associated cost increases, while maintaining the operational clinic network across Germany.

Nevertheless, macroeconomic developments, geopolitical crises, and inflation-driven cost increases remain significant risk factors that could potentially have negative impacts on the healthcare market.

Basic risks are covered by comprehensive insurance.

Opportunities

DaVita Deutschland AG benefits largely from its integration in the DaVita Group, which constantly pushes the development and innovation of dialysis standards within the Group. DaVita Deutschland AG will continue to benefit from these high standards and the further development of chronic kidney disease treatment, also in the future, and thereby assume a leading position in the competitive environment. Furthermore, the Company will benefit from synergy effects, especially in the area of materials purchasing, which can be implemented in the DaVita Deutschland Group.

Forecast

The economic conditions in 2024 remain challenging. Ongoing geopolitical tensions and persistent inflation are significantly impacting companies' cost structures and heavily influencing global markets, making economic decision-making even more complex. Additionally, the lasting effects of the COVID-19 pandemic, in the form of declining patient numbers, are still being felt. Furthermore, the growing shortage of healthcare workers remains an urgent issue, requiring innovative solutions to attract more skilled professionals and ensure high-quality care.

The business performance so far in 2024 has shown that the aftereffects of the COVID-19 pandemic are more significant than expected. This is particularly reflected in the number of patients and the associated revenue situation. Therefore, we expect the DaVita Group to experience at best a stagnation in revenue and earnings development in 2024. The cost pressure and the ongoing impacts of the pandemic cannot be fully offset by the previously approved increase in reimbursement rates and the group-wide cost-saving measures.

Although the measures initiated in 2022 to stabilize the business have continued to show positive effects in 2024, the company is not expected to meet its targets for the year. The net loss before loss transfer as of September 30, 2024, amounts to KEUR 10,384. Based on preliminary figures for 2024, the management expects a similar net loss before loss transfer compared to 2023.

The future development of the entire dialysis market, and thus the DaVita Group in Germany, is largely dependent on future political decisions. To ensure comprehensive medical care for patients, it is essential to adjust dialysis reimbursement rates to the increased cost levels of recent years and to update them dynamically in the future.

Hamburg, November 12, 2024

Tobias Große Wentrup
Management Board

Prof. Dr. med. Kleophas

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Gründung	Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15. Januar 2001 errichtet und mit Eintragung in das Handelsregister am 29. April 2002 gegründet.
Firma	DaVita Deutschland AG
Sitz	Hamburg
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 9. April 2024.
Handelsregister	Amtsgericht Hamburg, HRB 107310 Der letzte uns vorliegende Handelsregisterauszug datiert vom 15. November 2024.
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und der Betrieb von Einrichtungen zur extrakorporalen Blut- und Plasmabehandlung, insbesondere die Versorgung und Betreuung chronisch Nierenkranker, sowie das Halten und der Betrieb von anderen Einrichtungen zur Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen gegenüber gesetzlich und privat versicherten Patienten sowie Selbstzahlern. Die Gesellschaft erbringt ihre Leistungen vor allem in Zusammenarbeit mit Arztpraxen und Krankenhäusern. Aufgabe der Gesellschaft ist außerdem die Förderung, Erleichterung und Verbesserung von Organtransplantationen, insbesondere durch Schaffung und Betrieb von Einrichtungen der Transplantationsmedizin.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Kapitalverhältnisse	Die alleinige Gesellschafterin zum 31. Dezember 2023 ist die DaVita Germany GmbH, Hamburg, mit Kapitalanteilen von EUR 187.511,00. (zum 31. Dezember 2022 war DaVita Germany GmbH Mehrheitsgesellschafterin mit Kapitalanteilen von EUR 187.500,00; die verbleibenden Anteile von EUR 11,00 hielt zum 31. Dezember 2022 DaVita Deutschland Beteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg, die in 2023 aufgelöst wurde).
Vorjahresabschluss	In der Aufsichtsratssitzung vom 15. Dezember 2023 ist der von der Geschäftsführung aufgestellte, von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 nebst Lagebericht vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden.
Größe der Gesellschaft	Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2023 die Kriterien einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 2 HGB.

Verbundene Unternehmen	Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der DaVita HealthCare Partners Inc. mit Sitz in Denver, Colorado/USA, die den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss der DaVita HealthCare Partners Inc. ist bei der amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC) unter der Nummer 1-14106 einzureichen.
Vorstand und Aufsichtsrat	Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 1.3) aufgeführt.

Anlage 4

Allgemeine Auftragsbedingungen

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

- Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleicher gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung gelten zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenerersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.